



UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

Israelkritik und Judenfeindschaft

Modellprojekt mit Präventionsmaßnahmen
gegen alle Formen von aktuellem Antisemitismus
und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Dokumentation

Peter Krumpholz

Verfassung und Verfasstheit

Förderung bürgerlicher Kompetenzen
Paper zum methodisch-inhaltlichen
Präventionsansatz

Projektträger

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V.

an der Universität Duisburg-Essen (RISP), Heinrich-Lersch-Str. 15, 47057 Duisburg
- Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (MIKOM) -

Kontakt:

Dipl.-Soz.-Wiss. Peter Krumpholz | Dr. Alexander Schmidt | Dipl.-Soz.-Wiss. Andrea Ullrich

Telefon (02 03) 2 80 99-13 (Krumpholz) oder (02 03) 2 80 99-15 (Schmidt/Ullrich)

Fax (02 03) 2 80 99-22 eMail: peter.krumpholz@uni-due.de Web: risp-duisburg.de

Peter Krumpholz

Verfassung und Verfasstheit

Förderung bürgerlicher Kompetenzen. Paper zum methodisch-inhaltlichen Präventionsansatz des BMFSFJ Modellprojekts Israelkritik und Judenfeindschaft

Stichworte: Selbsterhöhung & negative Fremdbestimmung, Religion & Kultur, Verfassung & Verfasstheit, Bürgerliche Kompetenzen, Religionspolitologie: Verweltlichung von Religiosität und Verabsolutierung von Politik, Gelebte Verfassungskultur: Ziviler Wettbewerb und Wettstreit um Weltsichten und Werte

1

Ethnisierung - Positive Selbsterhöhung und negative Fremdbestimmung

Negative Fremdbestimmungen erfolgen selten aus reiner Boshaftigkeit. Zumeist beruhen sie auf vorschneller Verallgemeinerung oder Ethnisierung dessen, was persönlich als gut, wertvoll, sinn- oder zweckhaft empfunden wird. Gemeinhin also geht positive Selbsterhöhung negativer Fremdbestimmung voraus. Identitäre, linksextremistische wie islamistische Verfassungsfeindschaft erwächst aus der Vereinseitigung, Verabsolutierung oder Verkehrung einzelner Verfassungswerte. Verkannt werden von den demokratischen Frühstartern und späteren Verfassungsfeinden vor allem der Vorrang der Würde des Menschen vor dem Volk und die Spannungen zwischen Grundrechten und Volkswille, aber auch die wechselseitige Ergänzung wie Begrenzung spezifischer Freiheits- und Gleichheitsrechte.

Israelbezogener Antisemitismus als Bestandteil aller Glaubensformen und Weltdeutungen?

All dies gilt auch für die Feindschaft gegen Juden, heute zumeist travestiert als Delegitimierung und Dämonisierung Israels. Auch bei dieser handelt es sich nicht – auch wenn Antisemiten ihren Feind auf diese Weise dämonisieren – um eine ‚absolut böse‘ Weltanschauung, deren einziger Inhalt der Hass auf Juden ist. Die unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Modellprojekt durchgeführte Erhebung „Religion & Kultur an Rhein & Ruhr“ des RISP hat vielmehr gezeigt, dass Antisemitismus Bestandteil vieler, vielleicht sogar aller Glaubensformen und Weltdeutungen sein kann, aber nicht muss. Am wenigsten anfällig für die Ausgrenzung von Juden sind übrigens Atheisten, am gefährdetsten Soziotheisten, also Menschen, die exklusiv an einen Gott für ihr Volk glauben. Und israelbezogener Antisemitismus ist – in der Reihenfolge der Aufzählung – unter jungen Soziotheisten, Muslimen, Linken und Frauen verbreiteter als unter Rechten, Männern, Atheisten und Christen.

Präventionsmaßnahmen Judenfeindschaft: „... und ihr werdet sein wie Gott“

Die Präventionsmaßnahmen des RISP befassen sich nicht allein mit Aufklärung über und Widerlegung von Stereotypen (GOTTESMÖRDER, MENSCHENFEINDE), mit denen Juden als Kollektiv übermenschlich-dämonische Macht zugeschrieben und insinuiert wird, dass sie für das

UNGLÜCK DER MENSCHHEIT und alle ÜBEL DER WELT verantwortlich seien, also für physische, moralische wie metaphysische Übel. Wenn das GLÜCK DER MENSCHHEIT vermeintlich vom VERSCHWINDEN DER JUDEN abhängt oder der WELTFRIEDEN durch das Existenzrecht des Staates Israel angeblich gefährdet werden kann, drängt sich die Frage auf, welche positiven Vorstellungen Antisemiten von Glück und Weltfrieden haben. Unterscheiden sie dabei hinreichend oder überhaupt noch zwischen menschenmöglichem und vollendetem Glück oder irdischem und himmlischem Frieden? Ideologische Gefährdungen bestehen nicht nur in der Immanentisierung, Personifizierung oder Kollektivierung des Bösen bzw. im vermeintlichen Wissen um das, was der oder das Böse oder Böses ist oder bloß so genannt wird. Vielmehr gehören dazu auch Schwarz-Weiß Denken und die Immanentisierung dessen, was man für das höchste Gut hält, bzw. die angebliche Erkenntnis des Guten wie des Bösen. Kurzum, all das, was mit der Bibel als Versuchung tradiert wird: „...und ihr werdet sein wie Gott und wissen, was gut und böse ist“ (Genesis 3,5). Hinter scheinbar hohlen Phrasen versteckt, deutet deren megalomane Gehalt doch an, dass einst wie heute die Dämonisierung der Juden aus zuvor erfolgter und mehr implizit als offen ausgesprochener Divinisierung der Menschheit oder eines Volkes resultiert.

Förderung bürgerlicher Kompetenzen

Im Mittelpunkt der Präventionsangebote des RISP (u.a. ‚Bürgerschein‘ für Geflüchtete und Flüchtlingshelfende; ‚Interkulturelle Fallberatung‘ für Lehrkräfte, Unterrichtsmodul ‚Verschwörungstheorien‘ für Schüler) stehen aus diesem Grunde nicht allein die heute zumeist verkannten religiösen Gehalte aktueller Antisemitismen, sondern die Förderung bürgerlicher Kompetenzen. Die Ansprüche plural verfasster Demokratien sind allerdings außerordentlich hoch: Erfordern diese doch eine Unterscheidung zwischen der in der Präambel erwähnten universellen Verantwortung vor Gott und den Menschen und der Unantastbarkeit der Würde einerseits, und den spezifischen, mithin bedingten Freiheits- und Gleichheitsrechten andererseits. Grundlegend im Hinblick auf die Geltung der Verfassung ist jedenfalls die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Entscheidung für eine die politische Ordnung der Gesellschaft ermöglichende Handlung aufgrund ihres Glaubens, ihrer Religionskritik oder Säkularität in der Lage sind, zwischen höchstem Gut und relativen Gütern zu unterscheiden, d.h. einerseits die intendierte ‚Unantastbarkeit‘ der Würde nachvollziehen und andererseits die Pluralität der Grundwerte anerkennen können, indem nicht ein bedingtes Gut mit dem, was uns unbedingt angeht, verwechselt, verkannt oder verabsolutiert bzw. ein bedingter Zweck zum Selbstzweck erhoben wird. Denn wäre dies der Fall, könnten weder die Würde noch die Pluralität der Grundwerte gewährleistet werden. Letztere könnten dann gar nicht mehr oder nur mehr in reduktionistischer und abgeleiteter Form von dem Zweck wahrgenommen werden, der zum Selbstzweck erhoben wird.

Inhalte bürgerlicher Kompetenzförderung

- Verfassungsbildung, Verfassungskultur und Verfassungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger
- Förderung der Orientierung an plural verfasster Ordnung
- Prinzipien der Verfassung: nicht nur freiheitlich-demokratische Grundordnung oder Demokratie („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“), sondern plural verfasste Ordnung (**4G's**: Gewaltmonopol des Volkes *und* Grundrechte, Gewaltenteilung, **G**esetzesherrschaft bzw. Rechtsstaatlichkeit; Verantwortung vor Gott *und* den Menschen; Vorrang der Würde des Menschen *vor* dem Volk; spezifische Freiheits- *und* Gleichheitsrechte)
- Gefährdung des Zusammenhalts der plural geordneten Gesellschaft durch politischen und/oder religiösen Extremismus (insbesondere Links-/Rechtsextremismus, Islamismus, Antisemitismus), durch extrem-einseitige Vorstellungen vom dem, was uns allen gemeinsam sein sollte: z.B. Souveränität Gottes statt Volksherrschaft bzw. Theokratie statt Demokratie, Identitäre Gemeinschaft statt Grundrechte, Gleichheit vor Freiheit.
- Bürgerliche Exzellenz: Maß und Mitte, Geduld und Gelassenheit, Abwägungs- und Kompromissfähigkeit, Unterscheidung zwischen höchstem, unbedingtem Gut und relativen, bedingt-bedingenden Gütern

Präventionsmethoden und Implementation durch Fallberatung

Auf der Basis der Politischen Kulturforschung und der Religionspolitologie, beides interdisziplinär ausgerichtete Teilgebiete der Politikwissenschaft, werden interkulturelle Ansätze mit interreligiösen Konzepten verbunden. Es wird somit ein multiperspektivischer Ansatz zugrunde gelegt, um die Diversität der in der Gesellschaft verbreiteten demokratiedistanten und radikalen bis extremistischen politischen oder religiösen Haltungen und Orientierungen in den Blick zu bekommen. Die Implementation der auf diese Weise entwickelten und erprobten Präventionsmaßnahmen erfolgt durch begleitende Fallberatung von Akteuren aus allen Bereichen der Integrationspraxis (Politik; Wirtschaft und Arbeit; Zivilgesellschaft; Bildung: Schule, Familienbildung und politische Bildung; Kultur und Religion).

Theoretischer Hintergrund

Verfassung und Verfasstheit der Bürger

Bildung, Handlungskompetenz und Pathetik (Gefühl- und Gemütsedukation, vgl. Ricoeur 1960) bilden die Grundlage und Voraussetzung von Integration in plural verfasste Gesellschaften. Die Reintegration (*Integration* ist etymologisch wie semantisch bereits ein *Wiederherstellen* und *Ergänzen*) der Gesellschaft bedarf der individuellen Integrität. Identitäre, linksextremistische wie islamistische Juden- und Verfassungsfeindschaft erwachsen zunächst unbemerkt aus der Mitte der Gesellschaft durch Vereinseitigung, Verabsolutierung, Verkehrung und Verkennung einzelner Verfassungswerte. Im Hinblick auf die Konstitutionsbedingungen von Gesellschaft im Sinne notwendiger „gemeinsamer Bedeutungen“ (vgl. Charles

Taylor) kommt der Verfasstheit des jeweiligen Bürgers – *constitutio + conditio* – besondere Bedeutung zu, insofern die individuellen Ordnungsvorstellungen und Existenzinterpretationen (Bewusstsein von Mensch, Gesellschaft, Geschichte) zu den wichtigsten Voraussetzungen gehören, die die Geltung der Verfassung stützen oder stürzen. Was die Verfassung – da auf Papier geschrieben und weder Person noch Gott, auch wenn sie hier zum Subjekt des Satzes erhoben wird – bekanntlich nicht aus sich selbst heraus tun und garantieren kann.

4

Religionspolitologie: Verweltlichung von Religiosität und Verabsolutierung von Politik

In der *Religionspolitologie* (Bärsch u.a.: Wer Religion verkennt, erkennt Politik nicht, 2005) geht es um die Erforschung der Bedeutung der Religiosität für das politische und soziale Mit-, Neben- und Gegeneinander. Umgekehrt werden auch die religiösen Implikationen politischer Einstellungen und sozialer Haltungen erfasst. Mit Hilfe der Religionspolitologie können daher religiöse, politische wie soziale Momente bei der Radikalisierung oder Instrumentalisierung einer Religion zugleich beachtet werden. Unterschiedliche soziale, politische wie religiöse Prägungen indizieren stärkere oder schwächere Demokratiefähigkeit bzw. Demokratiedistanz.

Jenseits einer vollständigen Exkulpation oder alleinigen Bezichtigung einer oder gar 'der' Religion zeigt die Religionspolitologie, dass nicht die Religion oder die Politik, sondern spezifische Verknüpfungsweisen von religiösen mit politischen Selbst- und Gesellschaftsdeutungen konstitutiv sind für die Verweltlichung von Religiosität wie Verabsolutierungen von Politik und beide zu positiver Selbst- und negativer Fremdbestimmung bzw. kollektiven Identifikationen wie Projektionen führen.

Lebendige Verfassungskultur: Ziviler Wettbewerb und Wettstreit um Weltsichten und Werte

Unter den Bedingungen des religiösen und weltanschaulichen Pluralismus in (post)säkularen Gesellschaften, in denen der Glaube an Gott zu einer Option neben vielen anderen geworden ist, erfordert eine lebendige Verfassungskultur einen zivilen Wettbewerb der Weltsichten und Wettstreit um Werte unter den gläubigen, andersgläubigen und nichtgläubigen Bürgerinnen und Bürgern um die Vor- und Nachteile religiöser und säkularer Selbstdeutungen. Darum ist es notwendig, weder die Religiosität noch die Säkularität der Bürgerinnen und Bürger vorschnell zu bewerten, sondern zunächst einmal empirisch nachzuvollziehen und zu verstehen. Nur wenn die religiösen, religionskritischen und säkularen Motive und Voraussetzungen ihrer politischen Entscheidungen eruiert werden, können darauf basierend religionspolitologische Politikberatungs-, Präventions- und Bildungskonzepte entwickelt werden, die das gegenwärtige Bewusstsein der Menschen, wie sie sich selbst und ihre gesellschaftliche Existenz wahrnehmen und deuten, und ihre jeweiligen Handlungsorientierungen zum Ausgangspunkt nehmen.